

Newsletter Nummer 2/2026: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Jugendhilfeausschusses am 5. März 2026

Jugendhilfe im Strafverfahren im Rhein-Neckar-Kreis

Kreisrat Tobias Rehorst zeigte sich für die Freien Wähler davon überzeugt, dass die enge organisatorische und räumliche Zusammenarbeit, die im Haus des Jugendrechts stattfindet, eine substanzielle verbesserte Abstimmung im Umgang mit straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden gewährleistet, insbesondere bei komplexen Mehrfachbelastungen der jungen Menschen.

Die tatsächliche räumliche Präsenz habe durch kurze Wege erst diese Zusammenarbeit befördert. Damit gerate dieses Konzept hinsichtlich des Personals ggf. auch in Konflikt mit dem Wunsch von dort Beschäftigten nach Homeoffice-Nutzung, falls das auch hier Thema sein sollte. Hier gelte es, gute Lösungen für diesen nachvollziehbaren und zeitgemäßen Wunsch zu finden, ohne die Vorzüge der tatsächlichen und damit physischen Präsenz im Haus zu gefährden.

Wichtig erscheine auch, trotz der wichtigen und sinnvollen Kooperation zwischen den Beteiligten, die Rollenverteilung dennoch gerade gegenüber den Jugendlichen klar zu machen, damit bei ihnen nicht der Eindruck entsteht, im Haus des Jugendrechts steckten alle unter einer Decke, auch wenn sie jedenfalls alle unter einem Dach stecken. Ein sinnvoller Ansatz sei hier die ergänzende Einrichtung einer Beratungsstelle nach dem Beratungshilfegesetz. Weitere Angebote wie Täter-Opfer-Ausgleich, doziale Trainingskurse und andere Gruppenangebote könnten jetzt schon zentral im Haus durchgeführt werden.



Vormundschaften im Rhein-Neckar-Kreis

Die Vormundschaftsreform aus 2023 habe viele zusätzliche neue Aufgaben für das Jugendamt eingeführt, was als zusätzliche Bürokratie aus Sicht der Freien Wähler erstmal negativ zu bewerten wäre, begann **Kreisrat Tobias Rehorst** seine Ausführungen.

Wenn er nun aber die Vorlage lese, dann sorgten diese Neuerungen vor allem aber dafür, ehrenamtliches Potenzial in unserem Kreis zu befördern und bereits ehrenamtlich Aktive zu unterstützen. Ehrenamtliche, die meist nur ein Kind oder einen Jugendlichen begleiten, könnten intensivere und stabilere Beziehungen aufbauen und damit neue Chancen im Hilfesystem eröffnen. Ehrenamtliches Engagement stelle einen ganz wesentlichen Beitrag in System der Vormundschaften dar.

Er dankte für die zahlreichen Aktivitäten, die das Jugendamt in diesem Bereich geleistet hat, etwa die Begleitung von 132 ehrenamtlich tätigen Vormündern. Gerade die Arbeit der nach der Reform eingerichteten Koordinierungsstelle halte er für sehr wichtig.

Ganztagsförderung im Rhein-Neckar-Kreis

Das Ganztagsausbauförderungsgesetz stelle die Kommunen wieder einmal vor große Herausforderungen, auch wenn der Zielsetzung auch positive Aspekte zu entnehmen seien. Vor allem die finanziellen Auswirkungen würden sich erst noch zeigen, wenngleich zwischenzeitlich mit dem Land einige Punkte geklärt sind, wies **Kreisrat Tobias Rehorst** für die Freie Wähler-Fraktion auf die Befürchtungen der Gemeinden hin.

Die Vorlage zeige, dass die Städte und Gemeinden als Experten in der Kinderbetreuung vielfach auf bestehende Strukturen aufbauen können - personell wie räumlich.

68 % der Städte und Gemeinden müssten auch personelle Erweiterungen vornehmen. Mit fünfzehn Nennungen sei die Personalgewinnung bzw. der Personalmangel die größte konkrete Herausforderung. Wie hier tragfähige Lösungen in Zeiten eines eklatanten Fachkräftemangels gerade in diesem Bereich gefunden werden können, müsse sich noch zeigen.

Er dankte der Kreiserwaltung, die den Transformationsprozess so gut gestalte und den Kommunen beratend und durch die Gestaltung von Austauschforen unter die Arme greife.

Förderung im sozialen Bereich im Jahr 2026



Kreisrat Frank Weiß dankte für die „Freien Wähler“ für den klaren und gut strukturierten Bericht.

Man habe viel Arbeit und Energie in die Entwicklung der Konzepte für die einzelnen Teilbereiche investiert. An dieser Stelle zeigten sich die Vorteile dieser Mühen. Die meisten der angeführten Positionen und die entsprechenden Kostenstrukturen folgten festen Grundregeln, die zuvor festgelegt wurden. Dadurch würden sie verständlich, gut nachvollziehbar und transparent.

Beeindruckend und gleichzeitig besorgniserregend seien die Zahlen zur Schulsozialarbeit. Offenbar sei Schule nur noch mit einer ganzen Armee von Schulsozialarbeitern möglich. Trotzdem habe man das Gefühl, dass das noch nicht einmal ausreicht. Zusammen mit der großen Position der Erziehungshilfen, dem meist ähnliche Themen zugrunde liegen, sei der Großteil der Kosten dargestellt und erklärt. Die übrigen Positionen machten nur einen Bruchteil aus und fallen wenig ins Gewicht.

Eine Position, die in unserer Fraktion regelmäßig zur Diskussion führt, sei das Fanprojekt in Hoffenheim. In Zeiten, in denen die kommunalen Haushalte flächendeckend in Not sind und selbst Einsparungen an Kindergärten kein Tabu mehr sind, stelle sich natürlich die Frage, ob man Projekte im Umfeld des millionenschweren Fußballgeschäftes finanziell unterstützen muss. Auch inhaltlich stelle sich den Freien Wählern die Frage, wie sinnvoll das Projekt ist und welchen Nutzen es hat. Hoffenheim gelte glücklicherweise nicht als Problemfall. Von bedeuteten Vorfällen und schweren Ausschreitungen sei ebenfalls nichts bekannt. Natürlich seien von der Unterstützung andere Subventionen abhängig, was die Ablehnung schwierig mache. Die Zustimmung zu diesem Punkt fallet aber jedes Jahr schwerer.

Insgesamt stimmte Frank Weiß aber zu.

Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft am 10. März 2026

Mit dem Öffentlichen Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Kreis sowie den Kreisstraßen beschäftigte sich der Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft in seiner Sitzung am 10. März.

Stabsstelle Wirtschaftsförderung: Bericht über die Kennzahlen 2025

Der vorgelegte Ergebnisbericht zeige, dass die Wirtschaftsförderung im Rhein-Neckar-Kreis auch im Jahr 2025 wichtige Arbeit für unseren Standort geleistet hat, nahm **Kreisrat Frank Volk** Stellung.

Besonders positiv sei aus Sicht der Freien Wähler, dass die Wirtschaftsförderung als verlässliche Ansprechpartnerin für Unternehmen und Kommunen wahrgenommen wird. Die zahlreichen Veranstaltungen, Netzwerktreffen und Beratungen zeigten, dass hier ein intensiver Austausch stattfindet und konkrete Unterstützung angeboten wird.

Hervorzuheben sei auch die erfolgreiche Einwerbung von Fördermitteln. Über drei Millionen Euro aus Programmen wie ELR und LEADER kommen direkt Projekten im Kreis zugute – ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung unserer Kommunen. Wichtig sei, dass in den Kommunen noch mehr Werbung für die Förderprogramme gemacht wird.



Die Freien Wähler begrüßten die Aktivitäten im Fachkräfte- und Standortmarketing, die zunehmende Vernetzung der Unternehmen sowie die Fortschritte im Bereich Tourismus.

Natürlich gebe es auch Themen, die weiterentwickelt werden müssen, etwa im Bereich Innovation und Transformationsberatung. Gerade hier werde es in den kommenden Jahren wichtig sein, die Unternehmen bei den großen Veränderungen unserer Wirtschaft weiterhin aktiv zu begleiten.

Insgesamt zeige der Bericht jedoch, dass die Wirtschaftsförderung auf einem guten Weg ist und wichtige Impulse für unseren Wirtschaftsstandort setzt.

Öffentlicher Personennahverkehr im Rhein-Neckar-Kreis

Kreisrat Frank Volk stellte für die Freien Wähler fest, dass der Sachstandsbericht zu den Regiobuslinien zeige, dass sich die Regiobuslinien 750 und 798 inzwischen etabliert haben. Trotz eines schwierigen Starts während der Corona-Zeit seien die Fahrgastzahlen in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Das Angebot werde von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen.

Die Linien erfüllten eine wichtige Funktion: Sie verbinden zentrale Orte im Rhein-Neckar-Kreis miteinander, sorgen für gute Anschlüsse an die S-Bahn und stärken insbesondere den Wirtschaftsstandort rund um Walldorf und Wiesloch.



Ein attraktiver öffentlicher Nahverkehr sei ein wichtiger Baustein für Mobilität, Klimaschutz und Lebensqualität in unserer Region.

Kreisrat Frank Volk mahnte für die Freien Wähler an, die finanziellen Auswirkungen im Blick zu behalten.

Er warf in den Raum, ob die Tatverdichtung wirklich Sinn macht. Immerhin habe man – nach langer und häufiger Anregung durch die Freien Wähler - endlich einmal Fahrgastzahl erhalten. Daraus erkenne man, dass bei einer Fahrplanverdichtung ohne Fahrgastzuwachs und Verteilung der Fahrgäste auf nun zwei Fahrten statt einer, am gesamten Tag etwa zehn bis fünfzehn Fahrgäste pro Fahrt entfallen. Diese Zahlen müssten sich deutlich erhöhen, um den hohen Aufwandsdeckungsfehlbetrag – ADF - zu rechtfertigen. Ökonomie und Ökologie passten hier nicht zusammen. Der ADF belaufe sich pro Fahrgast auf 4,22 EUR bei Linie 750 und auf 6,66 EUR bei Linie 798.

Letztendlich setze das Land über die Fördersystematik politische Interessen durch, ohne für die ausreichende Finanzierung zu sorgen.

Die Freien Wähler stimmten „mit der Faust in der Tasche“ der Taktverdichtung zu, da ansonsten die gesamte Förderung weggefallen wäre.

Kreisstraßen

Die Hangsicherung an der Kreisstraße zwischen Dilsberg und Mückenloch wurde 845.000 EUR günstiger abgerechnet. Gründe waren der wesentlich stabilere Hang und Synergieeffekte, da der Auftragnehmer in der Nähe eine weitere Baustelle unterhielt.

Bezüglich der Umsetzung des Decken- und Sanierungsprogrammes fragte **Kreisrat John Ehret** nach, warum nicht die Reihenfolge der Priorisierungsliste eingehalten werde.

Die Verwaltung wies darauf hin, dass Begleitmaßnahmen oder Verschlechterung der Straßen nach dem Winterdienst dafür verantwortlich seien.

Bezüglich der Sanierung der Kreisstraße in der Ortsdurchfahrt Eschelbronn empfahl John Ehret, mit der Gemeinde vorab eine Vereinbarung zur Übernahme der dann sanierten Straße zu treffen, um die Straßenbaulast an die Gemeinde zu übertragen, da die Straße keine überörtliche Bedeutung mehr habe.

Damit die dringend notwendige Sanierung zahlreicher Kreisstraßen unterstützt wird, haben die Freien Wähler dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zugestimmt.

Atenschutzübungsanlage - MOBAS

Die Freiwilligen Feuerwehren benötigen regelmäßig Atemschutzübungen. Externe Übungsanlagen sind kaum noch verfügbar, insbesondere weil auch die Berufsfeuerwehren weniger Kapazitäten zur Verfügung stellen.

Ursprünglich war geplant, ein großes Ausbildungszentrum mit Atemschutzwerkstatt und Katastrophenschutzlager zu erstellen. 2017 wurden alle Kommunen im Rhein-Neckar-Kreis angeschrieben und konnten sich bewerben. Fünf Kommunen hatten sich beworben, nach einer Punktematrix beschloss der Kreistag seinerzeit, dieses Ausbildungszentrum in Leimen zu erstellen, die Kostenschätzung belief sich auf über fünfzehn Millionen €.

Im Verlauf der Planung wurde klar, dass ein Katastrophenschutzlager nicht benötigt wird, da in Ladenburg ausreichend Flächen zur Verfügung stehen, die auch erweitert werden könnten. Außerdem gibt es inzwischen mobile Anlagen – MOBAS –, die auf den vorhandenen Flächen der Freiwilligen Feuerwehren aufgebaut werden können und dadurch vor Ort die notwendigen Ausbildungen sicherstellen können.

Im Rahmen dieses Strategiewechsels schlug die Verwaltung vor, zwischen zwei Varianten zu entscheiden:

- Variante 1: MOBAS + eigene Werkstatt → ca. 5,65 Millionen €
- Variante 2: MOBAS ohne Werkstatt → ca. 4,25 Millionen €

Variante 2 führt zu geringeren Baukosten von 1,4 Millionen €.

Gegenüberstellung der Varianten		
	Variante 1 (mit Atemschutzwerkstatt)	Variante 2 (ohne Atemschutzwerkstatt)
Baukosten	4.118.747,03 €	2.892.640,00 €
Ausstattung	1.533.856,78 €	1.358.100,00 €
Summe:	5.652.603,81 €	4.250.740,00 €
Differenz:	1.401.863,81 €	

Das Amt für Feuerwehr und Bevölkerungsschutz rechnet bei der Variante 2 mit jährlichen Wartungskosten für die Atemschutzgeräte von rd. 75.000,- € bei einer Beauftragung einer freiwilligen Feuerwehr mit eigener Atemschutzwerkstatt. Die jährlichen Betriebskosten bei Variante 1 mit eigenem Personal liegen voraussichtlich mindestens im gleichen Bereich (1,5 Stellen). Die Kosten für Wartung, Reparatur und Reinigung der Atemschutzgeräte durch eine Fremdfirma liegen in jedem Falle darüber.

Eine Förderungszusage des Landes in Höhe von 473.620 € liegt vor. Der Vorschlag der Verwaltung sieht vor, die Standortfrage neu zu stellen, und alle Kommunen neu anzufragen.



Kreisrat John Ehret äußerte deutliche Kritik an der Kommunikation: Der Standort Leimen sei nie in Frage gestellt worden, es habe darüber keine Kommunikation gegeben, und Leimen sei auch in der Lage, die zusätzlichen Anforderung nach einem Andocken der Atemschutzwerkstatt mit Betreuung durch die Freiwillige Feuerwehr Leimen sicherzustellen.

Es entspann sich eine lebhafte Diskussion, in der klar wurde, dass viele Ausschussmitglieder die neuerliche Standortfrage nicht verstanden. Von der Verwaltung wurde dies mit der Einbeziehung der Freiwilligen Feuerwehr vor Ort begründet.

Kreisrat John Ehret stellte für die Freien Wähler den Antrag, zur Beschleunigung des Verfahrens und auch in Kenntnis der Beschlusslage am Standort Leimen festzuhalten. Dort seien Flächen und Kapazitäten vorhanden.

In der folgenden Abstimmung erhielt dieser Antrag bei den Stimmen der Freien Wähler und zweier weiterer Ausschussmitglieder leider keine Mehrheit.

Der Ausschuss beschloss anschließend mehrheitlich, gegen die Stimmen der Freien Wähler und einiger anderer Ausschussmitglieder den Verwaltungsvorschlag mit der Variante 2 weiter zu betreiben.

Aus Sicht der Freien Wähler geht damit durch die neuerliche Standortsuche Zeit verloren. Leimen als Standort dieser Anlage hätte der Großen Kreisstadt eine – wenn auch vergleichsweise bescheidene - Kreiseinrichtung beschert, die für die Feuerwehren im Kreis gut erreichbar wäre. Leimen ist die einzige Große Kreisstadt im Kreis, die keine Einrichtung und kein Amt im Kreis beherbergt.

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>

Fotos und Grafiken: Landratsamt Rhein-Neckar